

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	06.06.2016

Beantwortung einer Anfrage gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates bezüglich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Flüchtlinge im öffentlichen Sektor

Anfrage der „Freie Wähler Köln“, Herr Torsten Ilg:

Frage 1:

Gibt es seitens der Verwaltung Überlegungen ein Programm zu erarbeiten, welches ähnlich wie das frühere Modell der „Bürgerarbeit“, auch ungelernten Flüchtlingen eine Chance böte, am Arbeitsprozess teilzunehmen?

Antwort der Verwaltung:

Das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ war ein überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales finanziertes Programm, das vom Grundsicherungsträger (2010 noch die ARGE Köln) durchgeführt wurde. Eine Beschäftigung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erfolgte bereits damals nur bei solchen gemeinnützigen Trägern und Unternehmen, die in der Lage waren, die erforderliche Kofinanzierung aufzubringen. Innerhalb der Stadtverwaltung standen aufgrund der Haushaltsituation keine Mittel hierfür zur Verfügung.

Ein kommunales Beschäftigungsprogramm für Flüchtlinge müsste derzeit von der Stadt Köln allein finanziert werden. Dies ist in der gegenwärtigen Haushaltslage leider nicht darstellbar, so dass es entsprechende Überlegungen in der Verwaltung bislang nicht gibt.

Darüber hinaus war die „Bürgerarbeit“ eine tariflich bezahlte Beschäftigung im Umfang von 30 Stunden pro Woche. Möglicherweise stellt die unmittelbare Integration in Arbeit mit allen Rechten und Pflichten eines Arbeitsvertrages für eine große Anzahl der Geflüchteten auch eine Überforderung dar.

Die Notwendigkeit, Flüchtlingen schnellstmöglich die Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben zu geben, steht außer Frage. Für diejenigen, die Unterstützung bei der Integration benötigen, wird derzeit ein Modellprojekt entwickelt, das die Möglichkeiten des kommunalen Stadtverschönerungsprogramms sowie die Finanzierungsinstrumente der Agentur für Arbeit sowie des Jobcenters Köln nutzen soll. Aktuell finden Abstimmungsgespräche mit den beteiligten Institutionen und Dienststellen dazu statt.